2. Exemplar

Referat V
- 9. FEB. 2006 47

an: J

z.w.V.
Stellungnahme
Antw. vor Abs. z. K.

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90317 Nürnberg

Stadtrat Nürnberg
z. H. Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
07. FEB. 2006 / Nr. 141

V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Fax

Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/Die Grünen
Nürnberg

Kopie z. A.

Rathausplatz 2
90317 Nürnberg

Telefon: 0911/ 231-5091
Telefax: 0911 / 231-2930
stadtratsfraktion@stadt.nuernberg.de

Eingegangen bei J/O
07.02.2006
14. FEB. 2006

Zur Behandlung im Jugendhilfeausschuss am 16.2.2006 – Ergänzungsantrag zum TOP 9: Neuregelung der Gebühren für städtische Kindertagesstätten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in TOP 9 der Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 16.02.2006 wird der Einleitungsbeschluss über die Neuregelung der Gebühren für städtische Kindertageseinrichtungen begehrt. Grundlage ist das neue „Bayerische Kinderbildungs- und – betreuungsgesetz" (BayKiBiG), welches eine Umstellung der Personalkostenförderung - von Gruppenförderung auf Förderung pro Kind und Buchungszeit - vorschreibt.
In der Vorlage wird ausgeführt, dass die Gebühren vor allem für sogenannte „Langbucher", deren Kinder über vier Stunden in der Einrichtung verbleiben, deutlich ansteigen sollen. Mehreinnahmen von ca. 470.000 Euro durch Elternbeiträge und 194.000 Euro durch Landeszuschüsse werden erwartet. Diesen Mehreinnahmen stehen Ausgaben der wirtschaftlichen Jugendhilfe für anspruchsberechtigte Familien gegenüber.

- Wir beantragen einen Bericht der Verwaltung, der die bisherigen und zu erwartenden Ausgaben der wirtschaftlichen Jugendhilfe für städtische Krippen, Horte und Kindergärten gesondert aufzeigt sowie eine Abschätzung der weiteren Kostenentwicklung durch die neue Gebührenordnung enthält.

- Gibt es Erkenntnisse der Verwaltung wie sich die Gebühren bei den freien Trägern entwickeln?

- Weiterhin beantragen wir, dass die Mehreinnahmen durch Elternbeiträge – abzüglich der wirtschaftlichen Jugendhilfe - zur Qualitätssicherung und Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplan im Bereich der Kindertagesstätten verbleiben.

Begründung:

100 % Recycling-Papier

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Mit der neuen Gebührenordnung müssen „Langbucher" empfindliche Gebührenerhöhungen hinnehmen. Es stellt sich die Frage, ob dies durch höhere Zuschüsse der wirtschaftlichen Jugendhilfe familienfreundlich abgemildert wird und wie hoch die tatsächlichen Mehreinnahmen für die Stadt sind. Grundsätzlich sind Gebührensteigerung in dieser Höhe in Zeiten schwer vermittelbar, in denen über die Gebührenfreiheit bei Kindergärten diskutiert wird – sollte es nicht einen sozialen Ausgleich für geringverdienende Familien geben.

Der inhaltlich sehr gute Bildungs- und Erziehungsplan kann in den Einrichtungen auf Grund der Rahmenbedingungen oft nicht so umgesetzt werden wie dies sinnvoll und notwendig wäre. Mehreinnahmen durch die neue Gebührensatzung sollten daher nicht – ausschließlich – zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden, sondern den Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Wellhöfer
Fraktionsvorsitzende

i. A.